

SEKRETARIAT DER STÄNDIGEN KONFERENZ
DER KULTUSMINISTER DER LÄNDER
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

BERICHT □
„ZUWANDERUNG“ □

(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 24.05.2002)

Bericht „Zuwanderung“

1. Handlungserfordernisse

Im Schuljahr 2001/02 haben rund 11 Prozent der Schülerinnen und Schüler an den Schulen in der Bundesrepublik Deutschland eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit. Hinzu kommen Kinder und Jugendliche aus Aussiedlerfamilien, eingebürgerte Kinder und Kinder aus binationalen Familien, so dass insgesamt von einem wesentlich höheren Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ausgegangen werden muss.

Die sprachlichen Kompetenzen dieser Schülerinnen und Schüler sind sehr unterschiedlich entwickelt, sowohl in Bezug auf ihre Deutschkenntnisse als auch auf die Beherrschung der Muttersprache/Herkunftssprache. Dabei sind neben der Aufenthaltsdauer der Familie in Deutschland insbesondere die soziale Lage der Familie und ihre berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Integration maßgeblich für die sprachliche Sozialisation und Entwicklung der in der Regel zweisprachig aufwachsenden Kinder und Jugendlichen. Der Schulerfolg steht demzufolge auch im Zusammenhang mit den materiellen und kulturellen Ressourcen der Familien zur Unterstützung des schulischen Lernens.

Waren es bis zu Beginn der Achtzigerjahre überwiegend Kinder aus so genannten Gastarbeiterfamilien, so sind heute aufgrund veränderter Wanderungsbewegungen weit mehr Nationalitäten und Sprachen in den Schulen vertreten. Dabei verteilen sich die Schülerinnen und Schüler mit einem Migrationshintergrund sehr unterschiedlich auf die verschiedenen Schulformen und Bildungsgänge: Überproportional viele von ihnen besuchen eine Haupt- oder Sonderschule (Förderschule), die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss ist überproportional hoch; deutlich unterproportional ist ihr Anteil in den Gymnasien bzw. gymnasialen Oberstufen.

Die Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ und das Forum Bildung stellen vor diesem Hintergrund übereinstimmend fest, dass die Bildungsbilanz für die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu den deutschen Schülerinnen und Schülern ungünstig ausfalle und es dem hiesigen Bildungssystem offenbar nicht aus-

reichend gelinge, die Bildungsbarrieren für Schülerinnen und Schüler aus Familien mit geringer Verfügung über bildungsrelevante Ressourcen abzubauen. Der unterproportionale Anteil von Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft mit mittlerem oder höherem Bildungsabschluss erkläre sich aber nicht allein durch den Bildungshintergrund der Eltern. Ausschlaggebend sei vor allem die unzureichende Kompetenz der Schülerinnen und Schüler in der deutschen Sprache. Die Mitglieder der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ führen mit Bezug auf die Ergebnisse der Hamburger Studien zur Lernausgangslage und Lernentwicklung von Sekundarschülerinnen und –schülern (LAU) aus, dass Kinder aus unteren Sozial- und Bildungsschichten die schulisch relevanten sprachlichen Varianten (Fachsprachen) nicht zu Hause, sondern in der Schule lernen und üben müssten. Wenn Schule hierfür zu wenig Gelegenheit biete und mehrsprachig aufwachsende Kinder einen in dieser Hinsicht ungenügenden Sprachbildungsprozess durchliefen, könnten sie zwar zu einer fließenden Alltagskommunikation imstande sein, es fehlten ihnen jedoch die spezifisch schulsprachlichen Kompetenzen, von denen der Bildungsprozess letztlich abhängt.

Diese Aussagen werden durch die Ergebnisse der Studie PISA 2000 bestätigt. PISA zeigt für die in Deutschland aufwachsenden 15-jährigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, dass ihre ungünstigeren Lernstände in engem Zusammenhang zu ihren sprachlichen Kompetenzen, insbesondere zur Lesekompetenz stehen. Darüber hinaus wirken sich sprachliche Defizite in Sachfächern kumulativ aus, so dass Jugendliche mit unzureichender Lesekompetenz in allen akademischen Bereichen in ihrem Kompetenzerwerb beeinträchtigt sind. Nach den vorliegenden Befunden der PISA-Studie sind die Unterschiede in der Lesekompetenz zwischen Jugendlichen aus Familien mit unterschiedlicher Migrationsgeschichte auf die Sozialschichtzugehörigkeit der Herkunftsfamilie, die Verweildauer der Jugendlichen in Deutschland und den Sprachgebrauch in den Familien zurückzuführen.

Da die familiären Sozialisationsleistungen – insbesondere in Hinblick auf die Sprachentwicklung, aber auch in Hinblick auf das Verständnis der natürlichen, sozialen und kulturellen Umwelt – bei Familien mit niedrigem Bildungsstand entsprechend eingeschränkt sind, komme den Bildungsinstitutionen eine besondere Aufgabe zu. Eine frühe Förderung in den Kompetenzbereichen, die für den Schulerfolg und für Schullaufbahnentscheidungen maßgeblich sind, sei wegen des früh differenzierenden gegliederten Systems in Deutschland deshalb besonders wichtig.

Auch das im Auftrag der Hamburger Behörde für Bildung und Sport erstellte Gutachten „Zum Stand der nationalen und internationalen Forschung zum Spracherwerb zweisprachig aufwachsender Kinder und Jugendlicher“ belegt den Zusammenhang zwischen dem Sprachgebrauch in den Familien und dem Bildungsstand der Eltern: So überwiege der ausschließliche Gebrauch der Herkunftssprache bei niedrigem Bildungsstand der Eltern, eine Mischung der Sprachen dagegen bei hohem Bildungsstand. Hinsichtlich der Wirksamkeit schulischer Modelle für zwei- bzw. mehrsprachig aufwachsende Schülerinnen und Schüler kommen die Gutachter zu dem Ergebnis, dass die kompensatorische Ausrichtung der in Deutschland praktizierten Förderkonzepte in mehrerer Hinsicht unzulänglich sei: Der Unterricht in Deutsch als Zweitsprache sollte längerfristig angelegt sein und mit dem Fachunterricht koordiniert erfolgen, ebenso sollte der muttersprachliche/herkunftssprachliche Unterricht curricular begründet und mit dem Unterricht in den anderen – insbesondere den sprachlichen – Fächern abgestimmt sein.

2. Grundlagen

2.1 Auswertung des Berichts der Unabhängigen Kommission "Zuwanderung" des Bundesministeriums des Innern

Der Bericht umfasst ein Gesamtkonzept für Zuwanderung und Integration, das europäisches wie auch internationales Recht beachtet und sowohl die humanitären Verpflichtungen gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen als auch das deutsche Interesse an Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte berücksichtigt ¹.

Nach dem Bericht ist Deutschland ein Einwanderungsland und die Zuwanderung ein öffentliches Thema geworden. Deutschland brauche dauerhafte und befristete Zuwanderung für den Arbeitsmarkt und folglich eine rechtliche Grundlage für Zuwanderung und Integration.

Knapp ein Sechstel der insgesamt 100 Empfehlungen betreffen den Bildungsbereich. Die Kommission empfiehlt zum einen eine bessere Ausschöpfung der Begabungsreserven im

¹ Zur Begrifflichkeit im Bericht:

„Unter *Zuwanderung* werden (...) *alle Arten der Migration* verstanden, auch diejenigen, die nur vorübergehenden Charakter haben. Von *Einwanderung* wird nur dann gesprochen, wenn *ausdrücklich* die *dauerhafte Niederlassung* in Deutschland gemeint ist.“ (S.13)

eigenen Land und zum anderen eine deutliche Erleichterung der Zuwanderung von ausländischen Spitzenkräften für die Wirtschaft. Auf Grund dieser Ziele werde die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern nach Deutschland (weiterhin) unmittelbare Auswirkungen auf das hiesige Bildungssystem haben.

Die für den Bildungsbereich relevanten Empfehlungen umfassen im Einzelnen:

Kindergarten und Vorschule

1. Interkulturelle Pädagogik sollte in die Erzieheraus- und -weiterbildung aufgenommen werden.
2. Ausländische Eltern sollten nachhaltig über den Bildungsauftrag des Kindergartens informiert und zur Nutzung der Angebote ermutigt werden.
3. Es sollten verstärkt Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund beschäftigt werden.
4. Das Kindergartenplatzangebot in Stadtgebieten, in denen überwiegend Zuwanderer leben, sollte ausgeweitet und Nachmittagsbetreuung angeboten werden.

Schule

5. Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache sollten in ausreichender Zahl aus- und fortgebildet werden.
6. Interkulturelle Pädagogik sollte in die Lehrerausbildung aufgenommen werden.
7. Das Fach Deutsch als Zweitsprache sollte in die Studentafel integriert werden.
8. Muttersprachlicher Unterricht sollte als nachmittägliches schulisches Zusatzangebot eingerichtet werden.
9. Ganztagschulen bzw. schulische Nachmittagsangebote sollten verstärkt eingerichtet werden.
10. Es sollten Frequenzsenkungen und bessere Lehrkräfteausstattung in Klassen mit hohem Anteil an Migrantenkindern erfolgen.
11. Allen Migrantenkindern einschließlich der Kinder von Asylbewerbern sollte eine Schulausbildung ermöglicht werden.
12. Die statistische Erfassung der Schul- und Bildungssituation von Aussiedler- und Ausländerkindern sollte verbessert werden.

Familie

13. Deutschkurse für Mütter sollten angeboten werden.

Islam

14. Islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache sollte in das Unterrichtsprogramm aufgenommen werden.
15. Entsprechendes Lehrpersonal sollte in Deutschland ausgebildet werden.
16. Islamischer Religionsunterricht sollte so gestaltet werden, dass er zur Identitätsfindung jugendlicher Muslime beiträgt.

Zu diesen Empfehlungen der Unabhängigen Kommission "Zuwanderung" des Bundesministeriums des Innern stellt die KMK fest:

Die Empfehlungen 1 bis 6, 12 und 13 sind unstrittig. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden – wenn auch in unterschiedlichem Maße – heute bereits umgesetzt. Die Unterschiede in den Ländern haben vor allem demografische Gründe. Allerdings werden nicht alle Maßnahmen gleichermaßen systematisch durchgeführt, sie werden bisher nur punktuell evaluiert und nicht ausreichend durch Aus- und Fortbildung sowie curriculare Vorgaben und statistische Erfassungsverfahren, die aussagekräftige Daten liefern, flankiert.

Hinsichtlich der Empfehlungen 7 bis 11 besteht Interpretationsbedarf:

- Deutsch als Zweitsprache (Empfehlung 7) wird in den Ländern sowohl als eigenständige Maßnahme (Intensivkurs, Förderunterricht) als auch im Sinne eines fächerübergreifenden Prinzips unterrichtet, ist also z.B. nicht versetzungsrelevant, braucht aber selbstverständlich curriculare Vorgaben. Die Verbindung von Deutsch als Zweitsprache mit den Sachfächern ist entwicklungsbedürftig.
- In der Empfehlung über den herkunftssprachlichen/muttersprachlichen Unterricht (Empfehlung 8) werden die unterschiedlichen Organisationsformen in den Ländern (entweder in konsularischer oder staatlicher Verantwortung) oder in Mischformen nicht berücksichtigt. Vielerorts ist herkunftssprachlicher/muttersprachlicher Unterricht bereits heute in den Unterrichtsvormittag integriert. Dies ist allerdings in bestimmten Regionen und für bestimmte Sprachen auf Grund zu geringer Schülerzahlen nicht möglich.

- Die Empfehlung 9 zur Einrichtung von Ganztagschulen muss ebenfalls differenziert betrachtet werden: Ein Ganztagsbetrieb als nur betreuendes Angebot ist nicht ausreichend. Notwendig sind lernanregende und kompetenzfördernde Nachmittagsangebote.
- Eine Senkung der Klassenfrequenz (Empfehlung 10) wird von den Ländern nicht als Allheilmittel gesehen. Als isolierte Maßnahme ist sie nicht hilfreich. Hinsichtlich der Lehrerausstattung werden in allen Ländern zusätzliche Mittel für Schulen mit hohem Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zugewiesen.
- Die Empfehlung 11 über die Schulausbildung für alle Migranten ist bereits entsprechend den gesetzlichen Regelungen in den Ländern umgesetzt. Lediglich die Frage, ob das Aufenthaltsrecht verlängert werden darf, damit jemand einen Schulabschluss erwerben kann, bleibt offen.
- Die Empfehlungen zum islamischen Religionsunterricht (14 bis 16) formulieren ein aktuelles Anliegen. Die Position der Länder hierzu wird unter Punkt 4. dargestellt.

2.2 Auswertung des Expertenberichts und der Empfehlungen des Forum Bildung

Zur Ausgangslage wird im Bericht der Expertengruppe des Forum Bildung festgestellt, dass Deutschland ein multikulturelles und multilinguales Land sei. Besonders vor dem Hintergrund des internationalen Wettbewerbs sollten die Chancen der Zuwanderung erkannt und aufgegriffen werden.

Die Bildungsbeteiligung der Kinder aus zugewanderten Familien wird als nach wie vor unbefriedigend bewertet. Die Chancen, die Mehrsprachigkeit und interkulturelles Lernen sowohl einheimischen deutschen als auch zugewanderten Kindern und Jugendlichen bieten, würden im Bildungssystem noch nicht hinreichend genutzt.

Kenntnisse der deutschen Sprache und entsprechende zielgruppenorientierte Angebote werden daher für alle Zuwanderergruppen als unabdingbare Voraussetzungen für eine ausreichende Bildungsbeteiligung genannt. Die Zwei- oder Mehrsprachigkeit zugewanderter Kinder soll in der Schule durch das Angebot von „Deutsch als Zweitsprache“ und von muttersprachlichem Unterricht gezielt gefördert werden. Grundsätzliches Ziel ist dabei eine Mehrsprachigkeit, die eine sichere Beherrschung der deutschen Sprache, muttersprachliche Kompetenzen sowie Fremdsprachenkenntnisse umfasst.

Schon Kindergärten und Kindertagesstätten müssten sich als interkulturelle Bildungseinrichtungen verstehen. Sie seien beim Übergang in die Schule als Orte der Information, der Begegnung und der Integration besonders gut geeignet.

Der Bericht unterstreicht, dass Bildungsangebote für Migrantenkinder sich an deren Lernbedürfnissen und nicht an deren formalrechtlichem Status (Ausländer, Aussiedler, Flüchtling, Asylbewerber) orientieren sollten.

Für alle Bildungseinrichtungen wird eine stärkere multikulturelle und multilinguale Ausrichtung der Kollegien gefordert. Die länderspezifischen Einstellungs- und Arbeitsbedingungen für ausländische Lehrkräfte, z.B. für den muttersprachlichen Unterricht, sollten verbessert und den Einstellungsbedingungen für deutsche Lehrkräfte angepasst werden. Als besonders wichtig wird die Ausbildung und Fortbildung des Lehrpersonals und deren interkulturelle Qualifikation angesehen. In den verschiedenen Studienfächern solle deutlich werden, wie schulischer Unterricht für Kinder mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen und unterschiedlichen kulturellen Hintergründen zu planen sei. Dies sei nicht nur im Sprachunterricht, sondern auch in den Sachfächern zu berücksichtigen.

Die Schulen sollten offen sein für die Kooperation mit außerschulischen Initiativen, Selbsthilfeorganisationen der Zuwanderer, Trägern von Integrationsmaßnahmen und insbesondere mit den Eltern. Zugewanderte Eltern sollten im Rahmen eigener Programme (z. B. durch Deutschkurse in den Räumlichkeiten der Schule) mit dem deutschen Schulsystem vertraut gemacht werden.

Das Forum Bildung hat für den Bereich "Bildung und Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten" folgende Empfehlungen formuliert:

- Aufnahme der Förderung von Migrantenkindern in die Schulprogrammentwicklung als Kriterium für die Qualität von Schulen,
- Berücksichtigung der Kinder aus Aussiedlerfamilien bei der Entscheidung über Sonderzuweisungen an Bildungseinrichtungen,
- Verstärkung des interkulturellen Lernens in allen Bildungseinrichtungen mit Schwerpunkt auf dem Elementar- und Primarbereich unter Bezugnahme auf die dort vertretenen Sprachen und Kulturen,
- verstärkte Förderung der Mehrsprachigkeit unter Berücksichtigung der jeweiligen Muttersprache vom Kindergarten an, Ausbau der Deutschförderung in allen Fächern der Schule,

- Aufnahme von Lehrenden mit Migrationshintergrund in die Kollegien aller Bildungseinrichtungen,
- Verstärkung der Elternarbeit, Maßnahmen zur Heranführung von zugewanderten Eltern an schulische Arbeit und an deutsche Kultur,
- lokale Zielvereinbarungen für die Förderung von Migrantenkindern in Schule und Berufsausbildung, Unterstützung lokaler Netzwerke zur Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen von Migrantinnen und Migranten,
- Verbesserung der Bildungsberatung für erwachsene Migrantinnen und Migranten, Ausbau des zielgruppen- und situationsgerechten Deutschunterrichts unter Nutzung des deutschsprachigen Umfeldes,
- stärkere Thematisierung der Förderung von Migrantinnen und Migranten in der Aus- und Weiterbildung der in der Bildung tätigen Person, Verstärkung der Bedeutung von Deutsch als Fremdsprache.

Als Hauptadressaten werden genannt: Länder, Bund und Kommunen.

2.3 Auswertung von Ergebnissen der Spracherwerbsforschung

Für den deutschsprachigen Raum liegen nur wenige wissenschaftliche Untersuchungen zum Spracherwerb zweisprachig aufwachsender Kinder und Jugendlicher vor. Diese Untersuchungen beruhen auf kleinen Stichproben, erfassen relativ kurze Zeitspannen der Sprachentwicklung und beschränken sich auf wenige ausgewählte Aspekte der Sprachkompetenz, so dass die Tragweite dieser Studien recht begrenzt ist.

Vor diesem Hintergrund ist auf Metaanalysen internationaler Forschungsprojekte zurückzugreifen, wobei der Übertragbarkeit der Erkenntnisse angesichts der erheblichen Unterschiede in Bezug auf die Migrationspolitik und das Bildungssystem des jeweiligen Landes allerdings enge Grenzen gesetzt sind.

Um eine kritische Sichtung der nationalen und internationalen Forschung vorzunehmen, hat die Behörde für Bildung und Sport in Hamburg ein Gutachten in Auftrag gegeben, das in einer ersten Fassung im Januar 2001 unter dem o.g. Titel vorgelegt wurde.

2.3.1 Erkenntnisse zum Spracherwerb bilingualer Kinder und Jugendlicher

Der Erwerb einer zweiten Sprache wird nach den Erkenntnissen vorliegender Studien durch den vorausgehenden oder zeitlich parallel verlaufenden Erwerb der Muttersprache nicht beeinträchtigt. Im Unterschied zu früheren Studien kommt die jüngere Forschung zu dem Ergebnis, dass Zweisprachigkeit sich eher günstig auf die kognitive Entwicklung auswirkt, insbesondere fördere sie den bewussten Umgang mit Sprache („metalinguistische Kompetenzen“).

Auszugehen ist von einer gleichmäßigen Auswirkung der individuellen Anlagen auf den Erwerb unterschiedlicher Sprachen; dies zeigt sich zum einen darin, dass sich die Sprachkompetenz überwiegend gleichmäßig entwickelt („balancierte Sprachenverhältnisse“), zum anderen darin, dass zweisprachige Menschen beide Sprachen – je nach Kontext – parallel verwenden oder Lücken in der einen Sprache durch Elemente der anderen Sprache auffüllen. In Übergangsstadien der Sprachentwicklung zu beobachtende Abweichungen von der sprachlichen Norm sind dementsprechend als Annäherung an die Strukturen der Zweitsprache zu verstehen („produktive Fehler“).

Bedeutsamen Einfluss auf den Erwerb der Zweitsprache haben vor allem das familiäre Milieu, ebenso die sozialräumliche Umgebung – hier insbesondere der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung – und die Schule.

Bezogen auf den Schriftspracherwerb kommt der Schriftkultur innerhalb der Familie eine zentrale Bedeutung zu. Unterschiede im Zugang zur Schriftsprache sind dementsprechend primär durch soziokulturelle Faktoren verursacht, nicht durch die Zweisprachigkeit als solche.

Einzelne internationale Studien weisen auf einen förderlichen Zusammenhang zwischen muttersprachlicher Alphabetisierung und den schriftsprachlichen Leistungen in der Zweitsprache hin.

2.3.2 Erkenntnisse zur Wirksamkeit schulischer Sprachförderung

Auf internationaler Ebene sind verschiedene Modelle der schulischen Organisation zweisprachiger Bildung hinsichtlich ihrer Effektivität untersucht worden (Ramirez 1991, Greene 1998, Thomas/Collier 1997). Vor dem Hintergrund dieser Vergleichsstudien sowie weiterer Untersuchungen stellen die Gutachter zusammenfassend fest:

Eine planlose Herangehensweise an das Erlernen der Zweitsprache, d. h., ein Vertrauen auf die quasi natürliche Wirkung des Sprachkontakts, führe zu negativen Effekten. Ebenso bleibe eine isolierte Förderung in der Zweitsprache ohne Anschluss an den übrigen (Fach-) Unterricht weitgehend wirkungslos. Eine bedachte und systematische Förderung des Erwerbs der Zweitsprache sei in jedem Falle erforderlich.

Eine zeitlich hinreichende und systematische didaktische Einbeziehung der Herkunftssprache – als Gegenstand wie als Medium des Unterrichts – begünstige den Schulerfolg. Dagegen wirke sich ein isolierter Herkunftssprachenunterricht nicht bzw. nicht durchgehend positiv auf den Lernerfolg in anderen Unterrichtsfächern aus.

Eine Kombination von systematischer Förderung beim Erwerb der Zweitsprache und Einbeziehung der Herkunftssprache führe bei im Übrigen gleichen Bedingungen zu deutlich besseren Lernerfolgen / Schulerfolgen als eine ausschließliche Förderung des Erwerbs der Zweitsprache.

2.3.3 Elemente einer Didaktik der Zweisprachigkeit

Die traditionelle Aufteilung in die Didaktik des herkunftssprachlichen Unterrichts und die Didaktik des Fremdsprachenunterrichts bildet nach Auffassung der Gutachter die sprachliche Wirklichkeit in den Schulen wie in der Gesellschaft nicht mehr angemessen ab. Eine Didaktik des herkunftssprachlichen Unterrichts im Einwanderungsland aber sei nur in Ansätzen entwickelt, eine Didaktik des Deutschen als Zweitsprache gebe es lediglich als Anhängsel an Deutsch als Fremdsprache. Zu entwickeln sei eine Didaktik der Mehrsprachigkeit, die u. a. folgende Elemente umfassen sollte:

- Diagnostik der sprachlichen Entwicklung von Schülerinnen und Schülern
In heterogenen Sprachsituationen, wie sie die heutigen Schulen kennzeichnen, gewinnt die differenzierte Diagnose der sprachlichen Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Einen Beitrag hierzu leisten die „Hamburger Erhebungen zum Sprachstand und zur Sprachentwicklung türkisch-deutscher Grundschulkinder“, in deren Rahmen ein Instrumentarium zur Sprachstandserhebung entwickelt wird.
- Koordination von Sprachlernprozessen
Hierzu liegen in der Bundesrepublik Deutschland langjährige Erfahrungen aus der koordinierten, simultanen und planvollen Alphabetisierung in zwei Sprachen vor. Ein weiterreichender Ansatz ist die inhaltliche Koordination von Herkunftssprachen-

unterricht, wie er insbesondere in den Niederlanden mit eigens für diesen Unterricht entwickelten Materialien erfolgreich praktiziert wird.

- Verbindung von Sprachlernen und Sachlernen

In der neueren Fremdsprachendidaktik sind Konzepte entwickelt worden, die das Sprachlernen mit dem Lernen von Sachverhalten verknüpfen. Grundgedanke ist, dass Sprache effektiver erworben wird, wenn sie nicht nur als solche, sondern auch zu bestimmten Zwecken gelernt wird („content based language learning“). Das Spektrum reicht von Ansätzen für einen bewussteren Umgang mit Sprache als Unterrichtsmedium, der dazu beitragen soll, den Zugang zu fachlichen Zielen nicht durch Schwierigkeiten des Sprachverstehens zu verstellen, bis hin zu Konzepten bilingualen Unterrichts, in dem der Unterricht in Sachfächern im Medium einer Fremdsprache erteilt wird.

- Erwerb von Sprachlernstrategien

Ausgehend von lernpsychologischen Überlegungen und von Bestrebungen zu einer engeren Verbindung der Sprachfächer untereinander wird dem Erwerb von Sprachlernstrategien eine zunehmend größere Bedeutung zugemessen.

2.3.4 Sprachbildung als übergreifende Aufgabe der Schulentwicklung

Nach Auffassung der Gutachter sollte die bewusste Gestaltung der Sprachbildung ein Kernelement von Schulentwicklung und Qualitätssicherung sein, insbesondere an Schulen mit größerem Anteil zweisprachiger Schülerinnen und Schüler. Als Modell führen die Gutachter das Konzept „Taalbeleid“ an, das in Den Haag entwickelt wurde. Dessen zentrale Bausteine sind:

- Einpassung der „Sprachenpolitik“ in das allgemeine didaktische Konzept der Schule,
- Überblick über die an der Schule vertretenen Sprachen und ihren jeweiligen Status,
- Diagnose der Sprachkenntnisse der Schülerinnen und Schüler,
- bewusste Verwendung der Sprache als Unterrichtsmedium in allen Fächern,
- Zusammenarbeit der Lehrkräfte in den verschiedenen Sprachen, Koordinierung der Sprachbildungsprozesse.

Hinsichtlich der Wirksamkeit solcher Modelle betonen die Gutachter die Langfristigkeit der Fördermaßnahmen: Sprachförderung müsse stufen- und fachübergreifend vom Elementar- bis in den Sekundarbereich konzipiert werden. Dabei sind die Anforderungen an die Flexi-

bilität des sprachlichen Angebots einer Schule umso höher, je heterogener die Schülerschaft hinsichtlich ihrer sprachlichen Voraussetzungen ist.

Daneben seien Erfahrungen zu sammeln mit der Analyse lokaler Sprachsituationen und ihrer Berücksichtigung in schulischen Curricula, freilich unter Wahrung der Einheitlichkeit des Bildungssystems.

3. Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Förderung der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund

Auf der Grundlage der Berichte aus den Ländern und ihrer Auswertung „Konsequenzen der Zuwanderung für Schulen und Hochschulen“ (167. AK vom 20./21. September 2001) stellt die Arbeitsgruppe fest: Alle Länder räumen dem Erwerb der deutschen Sprache die höchste Priorität ein. Sofern der Erwerb im Rahmen des Regelunterrichts nicht ausreichend gefördert werden kann, werden besondere Fördermaßnahmen eingerichtet. Hierfür stellen alle Länder in erheblichem Umfang zusätzliche Ressourcen bereit.

Ebenso sehen alle Länder Angebote für den muttersprachlichen/herkunftssprachlichen Unterricht vor. Je nach gesetzlichen Grundlagen liegt die Verantwortung für diesen Unterricht bei der deutschen Schulverwaltung oder bei den Herkunftsländern. In der Ausgestaltung des Unterrichts unterscheiden sich Stadtstaaten und Flächenstaaten, westliche und östliche Länder, bedingt durch die jeweilige Zusammensetzung der Wohnbevölkerung. Unabhängig davon besteht Übereinstimmung in der Zielsetzung für den muttersprachlichen bzw. herkunftssprachlichen Unterricht: Er hat seine ursprüngliche Funktion, „Rückkehrhilfe“ zu sein, verloren und wird heute als ein Beitrag zur Förderung der Mehrsprachigkeit und der interkulturellen Bildung gesehen. Er kann auch als Stütze für das Erlernen der deutschen Sprache dienen.

Alle Länder halten ein breites Spektrum von Qualifizierungsangeboten in der Lehrerfortbildung vor, um eine Qualitäts- und Effizienzsteigerung der sprachlichen Förderung zu erreichen.

Im vergangenen Jahrzehnt haben sich sowohl der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an der Gesamtschülerschaft als auch die Herkunftsländer und -sprachen erheblich verändert. Entsprechend sind die Lernvoraussetzungen der Schüle-

rinnen und Schüler mit Migrationshintergrund heterogener geworden. Kinder und Jugendliche ohne hinreichende Deutschkenntnisse können zumeist allein durch die Teilnahme am Regelunterricht nicht zu einem für sie ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss geführt werden. Eine schulische bzw. soziale Integration gelingt nicht von selbst. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die Anforderungen an die didaktischen Konzeptionen und die schulische Förderpraxis erheblich gestiegen sind. In diesem Zusammenhang stellt es sich als Problem dar, dass keine zuverlässigen Daten über die Lernausgangslagen vorliegen und die Fördermaßnahmen nicht systematisch, sondern nur punktuell evaluiert werden.

Vor dem Hintergrund der Bewertung der Berichte der Unabhängigen Kommission Zuwanderung, des Forum Bildung, der vorliegenden Ergebnisse der empirischen Forschung und der Praxis in den Ländern sieht die Arbeitsgruppe Ansatzpunkte für die gezielte Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Förderung zweisprachig aufwachsender Schülerinnen und Schüler vor allem in den folgenden Handlungsfeldern:

3.1 Vorschulische Erziehung

In den Ländern sind die Kultusministerien für die vorschulische Erziehung nicht oder nur begrenzt zuständig, die Analyse und die Vorschläge in diesem Abschnitt sind daher Anregungen.

Aufgabe und Ziel der vorschulischen Erziehung ist eine umfassende Förderung der Kinder, insbesondere die Förderung ihrer sprachlichen Entwicklung. Besonderer Bedarf hierfür liegt sowohl bei Kindern vor, deren Herkunftssprache nicht Deutsch ist und deren dominante Sprache die in der Familie gesprochene Sprache ist, als auch bei einem großen Teil von Kindern, die in bildungsfernen Elternhäusern aufwachsen. Damit diese Kinder sich aktiv an den Spiel-, Lern- und Kommunikationsprozessen in ihrer Bezugsgruppe beteiligen können und auf das schulische Lernen gezielt vorbereitet werden, sind in der Regel besondere von den Erzieherinnen und Erziehern bzw. den Vorschulpädagoginnen und -pädagogen geplante Aktivitäten zur Unterstützung des Sprachlernens erforderlich. Dies setzt eine Qualifikation des Personals in Fragen des (Zweit-) Spracherwerbs, der diagnostischen Kompetenz und der Sprachvermittlung voraus. Eine nachhaltige Sprachförderung ist des Weiteren darauf angewiesen, dass das Elternhaus diese Arbeit unterstützt. Folgende Maßnahmen können hiermit verbunden werden:

- Entwicklung von mehrsprachigem Informationsmaterial für Eltern mit Hinweisen über die Bedeutung einer frühen Sprachförderung und über institutionelle Sprachförderangebote sowie über die Möglichkeiten der Sprachförderung durch das Elternhaus selbst
- Angebot von Deutschkursen für Eltern in den Kindertagesstätten und Schulen der Kinder
- Entwicklung von gezielten Fördermaßnahmen für Kinder im Vorschulalter
- Entwicklung von Verfahren, die ein möglichst frühzeitiges Erkennen von Spracherwerbsverzögerungen und geringen Deutschkenntnissen von Kindern ermöglichen
- Entwicklung von (Organisations-) Modellen für eine Flexibilisierung der Schuleingangsphase sowie für einen koordinierten Sprachförderunterricht im vorschulischen Bereich und in der Grundschule

3.2 Schulische Förderung

In der Empfehlung „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ der Kultusministerkonferenz vom 25.10.1996 wird dargelegt, dass in den vorausgegangenen Jahren im Bildungsbereich eine Fülle von Anregungen und Programmen entwickelt wurde, wie auf die größer gewordene kulturelle Vielfalt in der Bundesrepublik Deutschland angemessen reagiert und die heranwachsende Generation auf die Anforderungen einer erhöhten beruflichen Mobilität, der europäischen Integration und des Lebens in Einer Welt vorbereitet werden kann.

Die im Folgenden genannten Ansätze für die Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis beschränken sich auf die sprachliche Bildung von Kindern zugewanderter Eltern und umfassen sowohl das Erlernen der deutschen Sprache als auch den Unterricht in der Herkunftssprache. Dabei wird in der sicheren Beherrschung der deutschen Sprache der Schlüssel zum Schulerfolg gesehen. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen Strategien für eine systematische und effektive Sprachförderung entwickelt werden. Dafür eignen sich insbesondere folgende Maßnahmen:

- Einsatz diagnostischer Verfahren zur Sprachstandserhebung
- Ausschöpfung vorhandener Möglichkeiten im Rahmen schulischer Betreuung, um Kindern und Jugendlichen vielfältige und intensive Sprachlernsituationen zu ermöglichen

- längerfristig angelegte Konzepte zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache über die Grundschule hinaus
- Evaluation der schulischen Fördermaßnahmen
- durchgängige und konsequente Verknüpfung von Sprachlernen und Sachlernen
- Entwicklung einer Didaktik der Mehrsprachigkeit für einen koordinierten Spracherwerb von Deutsch, Herkunftssprache und Fremdsprache(n).*
- Förderung der vorhandenen Zwei- und Mehrsprachigkeit durch Weiterentwicklung des muttersprachlichen/herkunftssprachlichen Unterrichtsangebots u.a. im Hinblick auf eine stärkere inhaltliche und organisatorische Verzahnung mit dem Regelunterricht*.

3.3 Übergang Schule/berufliche Ausbildung

Von entscheidender Bedeutung für die gesellschaftliche und berufliche Stellung ist ein erfolgreicher Übergang von der Schule in das Erwerbsleben. Um die Chancen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu verbessern, sind gezielte Hilfestellungen der Schule bei der Vorbereitung auf und beim Übergang in das Berufsleben sowie gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten erforderlich. Dazu gehören insbesondere:

- frühzeitiges Einsetzen von berufsorientierenden Maßnahmen in Zusammenarbeit zwischen allgemeinbildenden Schulen und Betrieben durch Einbeziehung der Berufs- und Arbeitswelt in den Unterricht
- Angebote zum Erwerb der Fachsprachen in einzelnen Berufsfeldern
- Programme zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt mit einem breiten Angebot an fachpraktischen und theoretischen Inhalten; sie sollen dazu dienen, den Übergang in eine Berufsausbildung, in ein Arbeitsverhältnis oder in vollschulische Berufsbildungsgänge zu erleichtern und grundlegende Qualifikationen für das nachfolgende Berufsleben zu vermitteln.

* Diese Option gilt insbesondere für Länder mit herkunftssprachlichem Unterricht in der Verantwortung des Landes.

3.4 Zusammenarbeit mit Eltern und außerschulischen Einrichtungen

Von wesentlicher Bedeutung für die institutionelle (vorschulische, schulische und außerschulische) Sprachförderung ist die Zusammenarbeit mit den Eltern. Diese Zusammenarbeit kann durch ein umfassendes Unterstützungssystem für Eltern, das von einem Angebot zur Schwellenüberwindung bis hin zu Sprachkursen an Schulen reicht, intensiviert werden. Folgende Maßnahmen bieten sich an:

- Aufbau eines Netzwerks der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen mit dem Ziel einer Koordination der Sprachförderung
- Intensivierung der Elternberatung in Hinblick auf spezielle schulische und außerschulische Fördermöglichkeiten und Bildungsangebote
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern, Institutionen und Einrichtungen mit dem Ziel einer gegenseitigen Unterstützung bei Maßnahmen zur Integration von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft.

3.5 Curriculare Grundlagen

Rahmenpläne/Lehrpläne/Bildungspläne bilden die Grundlage für Ziele, Aufgaben und Inhalte des Unterrichts. In diesem Bereich stehen folgende Entwicklungsaufgaben an:

- Verankerung interkultureller Erziehung in den curricularen Vorgaben als durchgängiges Unterrichtsprinzip in allen Fächern
- Weiterentwicklung der curricularen Vorgaben für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache
- Weiterentwicklung der curricularen Vorgaben für den muttersprachlichen Unterricht/Unterricht in der Herkunftssprache
- Entwicklung von Empfehlungen für interkulturelle Erziehung und Deutsch als Zweitsprache im vorschulischen Bereich.

3.6 Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrern, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen

Zur langfristigen Absicherung von schulischen Maßnahmen sollten bereits im Rahmen des Studiums Grundkenntnisse über den Sprach- und Zweitspracherwerb und über interkulturelle Bildung erworben werden. Zur Qualifizierung bereits eingestellter Lehrkräfte, Erzieher und Sozialpädagogen bedarf es entsprechender Fortbildungsangebote insbesondere in Deutsch als Zweitsprache, zur Verbindung von Deutsch als Zweitsprache mit den Sachfächern, zur Umsetzung der europäischen Dimension und zur Einbeziehung des Herkunftssprachenunterrichts. Folgende Maßnahmen können die Umsetzung unterstützen:

- verpflichtende Module für interkulturelle Bildung und Erziehung in der Erstausbildung
- Ausweitung der Angebote zum Erwerb von Kompetenzen in den Bereichen Deutsch als Zweitsprache sowie Sprach- und Zweitspracherwerb in der Erstausbildung
- Stärkung der Kompetenzen des pädagogischen Personals durch Fortbildungsangebote in interkultureller Bildung und Erziehung und Deutsch als Zweitsprache
- Aufnahme des muttersprachlichen/herkunftssprachlichen Unterrichts in den Fächerkanon der Lehramtsstudiengänge, Einrichtung von Aufbaustudiengängen für Lehrkräfte mit ausländischem Lehrexamen.

3.7 Rahmenbedingungen und Strukturentscheidungen

Die sprachliche Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund ist Aufgabe des Unterrichts in allen Fächern. Für ihren Schulerfolg ist sie unverzichtbar.

Die Länder stellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Migrationsfamilien erhebliche Ressourcen bereit. Die Schulaufsicht und die Schulen selbst sind dafür verantwortlich, deren zweckgebundenen Einsatz sicherzustellen. Folgende Rahmenbedingungen und Strukturentscheidungen sind in den Ländern bereits getroffen worden, werden vorbereitet oder diskutiert und können als Anregungen für alle Länder dienen:

- Entwicklung von statistischen Verfahren zur Erfassung der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund als Grundlage für die Zuweisung von Fördermitteln
- Verbesserung der Information über den Sprachentwicklungsstand der zweisprachig aufwachsenden Schülerinnen und Schüler bei Schulwechsel

- verstärkte Beschäftigung/Einstellung von zweisprachigen Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen mit Migrationshintergrund
- Sicherung des Schulbesuchs aller Kinder und Jugendlichen durch die Einführung der Schulpflicht auch für Kinder von Asylbewerbern
- Aufnahme des herkunftssprachlichen Unterrichts, der in der Zuständigkeit der Länder liegt, als versetzungs- und abschlussrelevantes Unterrichtsangebot
- Einrichtung bilingualer Zweige an Grundschulen
- Förderung von schulischen Abschlüssen, die sowohl im Inland wie im Ausland anerkannt sind
- Fortbildungsprogramme der Länder für die Lehrkräfte des muttersprachlichen/herkunftssprachlichen Unterrichts, unabhängig davon, ob sie Landesbedienstete oder Konsularlehrkräfte sind

4. Prüfung der Möglichkeiten länderübergreifender Absprachen über Inhalte der islamischen religiösen Unterweisung

Alle Länder sind sich darüber einig, dass die schulische religiöse Bildung von Schülerinnen und Schülern muslimischen Glaubens zum Auftrag der Schule gehört, sofern die Schülerzahlen ein solches Angebot zulassen. Die Ministerpräsidenten der Länder und der Bundeskanzler haben dies in ihrer Besprechung am 20.12.2001 bekräftigt. Länderübergreifende Absprachen sind allerdings nur begrenzt möglich, weil die Länder unterschiedlich betroffen sind. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens reicht in den Ländern von weniger als 1% bis zu schätzungsweise mehr als 9 %. Anträge auf Einführung von islamischem Religionsunterricht liegen in den verschiedenen Ländern vor.

Die muslimischen Organisationen, die sich für die Einführung des islamischen Religionsunterrichts einsetzen oder ihn förmlich beantragt haben, sind nicht in allen Ländern die gleichen. Auch die Konzepte der Länder für islamkundlichen Unterricht sowie der Umfang des Angebots sind unterschiedlich. Ferner weicht die Verfassungslage zum Religionsunterricht in drei Ländern (Berlin, Brandenburg und Bremen) von der in den übrigen Ländern ab.

Aus diesen Gründen kann es in der Kultusministerkonferenz über einen Erfahrungsaustausch hinaus lediglich eine punktuelle Zusammenarbeit von Ländern geben.

Eine kürzlich von Nordrhein-Westfalen durchgeführte Umfrage in der Konferenz der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder gibt Auskunft über den Sachstand im Einzelnen. Auf die Umfrage haben bis Mitte November 2001 14 Länder geantwortet. Davon haben Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Fehlanzeige erstattet.

4.1 Staatliche und nicht staatliche Angebote

Islamischer Religionsunterricht im Sinne des Art. 7 Abs. 3 GG wird in keinem Land erteilt.

Staatliche religionskundliche Angebote gibt es in, Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz:

In Bayern wurde die staatliche Fördermaßnahme „Religiöse Unterweisung türkischer Schüler islamischen Glaubens“ in türkischer Sprache 1987/1988 auf freiwilliger Basis in den Jahrgangsstufen 1 bis 3 eingerichtet und ein Jahr später um die Jahrgangsstufen 4 und 5 erweitert. Seit dem Schuljahr 2001/2002 wird an fünf Grundschulen islamische Unterweisung auf der Grundlage der bestehenden Richtlinien in deutscher Sprache unterrichtet.

In Hamburg und in Niedersachsen können im Rahmen des muttersprachlichen Unterrichts religiöse Themen behandelt werden. Hierfür stehen wöchentlich zwei Unterrichtsstunden zur Verfügung.

In Nordrhein-Westfalen können zwei Stunden des muttersprachlichen Unterrichts für die Islamische Unterweisung in Anspruch genommen werden. Im Rahmen eines Schulversuchs an derzeit 24 Schulen wird Islamische Unterweisung als eigenständiges Fach in deutscher Sprache erteilt.

In Rheinland-Pfalz ist islamische Unterweisung Bestandteil des muttersprachlichen Unterrichts.

Über nicht staatliche Angebote haben Baden-Württemberg, Berlin, das Saarland und Schleswig-Holstein berichtet:

In Baden-Württemberg wird „Religionskundliche Unterweisung in islamischer Glaubens- und Sittenlehre“ im Rahmen des in konsularischer Verantwortung erteilten muttersprachlichen Ergänzungsunterrichtes unterrichtet.

In Berlin und im Saarland werden in dem vom türkischen Generalkonsulat durchgeführten und verantworteten muttersprachlichen Ergänzungsunterricht auch Elemente des islamischen Glaubens vermittelt.

In Schleswig-Holstein wird der Unterricht entweder im Rahmen des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts der Konsulatsschulen und/oder durch die Koranschulen der Moscheevereine erteilt.

4.2 Inhalte

Die in Bayern geltenden Richtlinien wurden in Anlehnung an türkische Lehrpläne für den Religions- und Ethikunterricht erstellt. Sie wurden durch Lerninhalte aus der Lebenssituation und der religiösen Umwelt türkischer Schülerinnen und Schüler in Westeuropa ergänzt.

In Hamburg wird der Unterricht auf der Grundlage des Lehrplans „Islamischer Religionsunterricht“ erteilt.

In Niedersachsen werden religiöse Themen auf der Grundlage der von Nordrhein-Westfalen entwickelten Unterrichtsvorgaben und -materialien behandelt. Für den muttersprachlichen Unterricht wurden Rahmenrichtlinien erlassen.

Nordrhein-Westfalen hat Unterrichtseinheiten für die Klassen 1 bis 10 erlassen. Das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung hat ein Schulbuch herausgegeben.

4.3 Lehrkräfte

In Bayern werden die türkischen Lehrkräfte, die die religiöse Unterweisung erteilen, von der Republik Türkei in den Freistaat Bayern entsandt. Die Auswahl erfolgt durch die türkische Seite. Bayern drängt auf eine qualifizierte Ausbildung und gute Deutschkenntnisse, die durch Auswahlgespräche überprüft werden. Bayern geht davon aus, dass die Lehrkräfte selbst Muslime sind.

Hamburg und Niedersachsen setzen im Landesdienst beschäftigte Lehrkräfte ein. Religiöse Themen werden von muttersprachlichen Lehrkräften unterrichtet, die die Befähigung für die Erteilung von Religionsunterricht im Herkunftsland erworben haben oder deren Eignung im Einzelfall festgestellt wurde.

In Nordrhein-Westfalen wird der Unterricht in der Regel von Lehrkräften für den muttersprachlichen Unterricht im Dienst des Landes erteilt, die auf diese Aufgabe in Lehrgängen vorbereitet worden sind.

In den Ländern, in denen der muttersprachliche Unterricht und damit auch der Islamunterricht Angelegenheit von Konsulaten ist, stehen die Lehrkräfte im Dienst dieser Staaten.